

**AEWB**

# **Eine andere Welt ist möglich**

ein Vortrag

von

**Jean Feyder , ehemaliger Botschafter**

**Forum St. Joseph, Hannover, 05.03. 2019**

# Wie Europa Fluchtursachen übersieht und verschlimmert

- Viele Afrikaner riskieren ihr Leben, um nach Europa zu kommen,
- Über 23 000 starben im Verlauf der letzten 15 Jahre,
- mehr als 5 000 im Jahr 2016, 2 200 2018
- 172 000 erreichen Europa 2017, 115 000 2018
- Sie flüchten, um der Armut, dem Hunger der Perspektivlosigkeit zu entkommen

# EU-Afrikagipfel in La Valletta, 2015

- EU-Botschaft: Afrikanische Migranten sind nicht mehr willkommen in Europa
- Bau einer neuen Mauer zwischen Europa und Afrika
- Ein Spezialfonds mit 1,9 Milliarden Euro wird geschaffen
- Zur Zusammenarbeit mit afrikanischen Staaten, die Migranten zurücknehmen oder bereit sind, sie von der Abreise abzuhalten
- Gipfel von Abidjan (2017): dieselbe Richtung

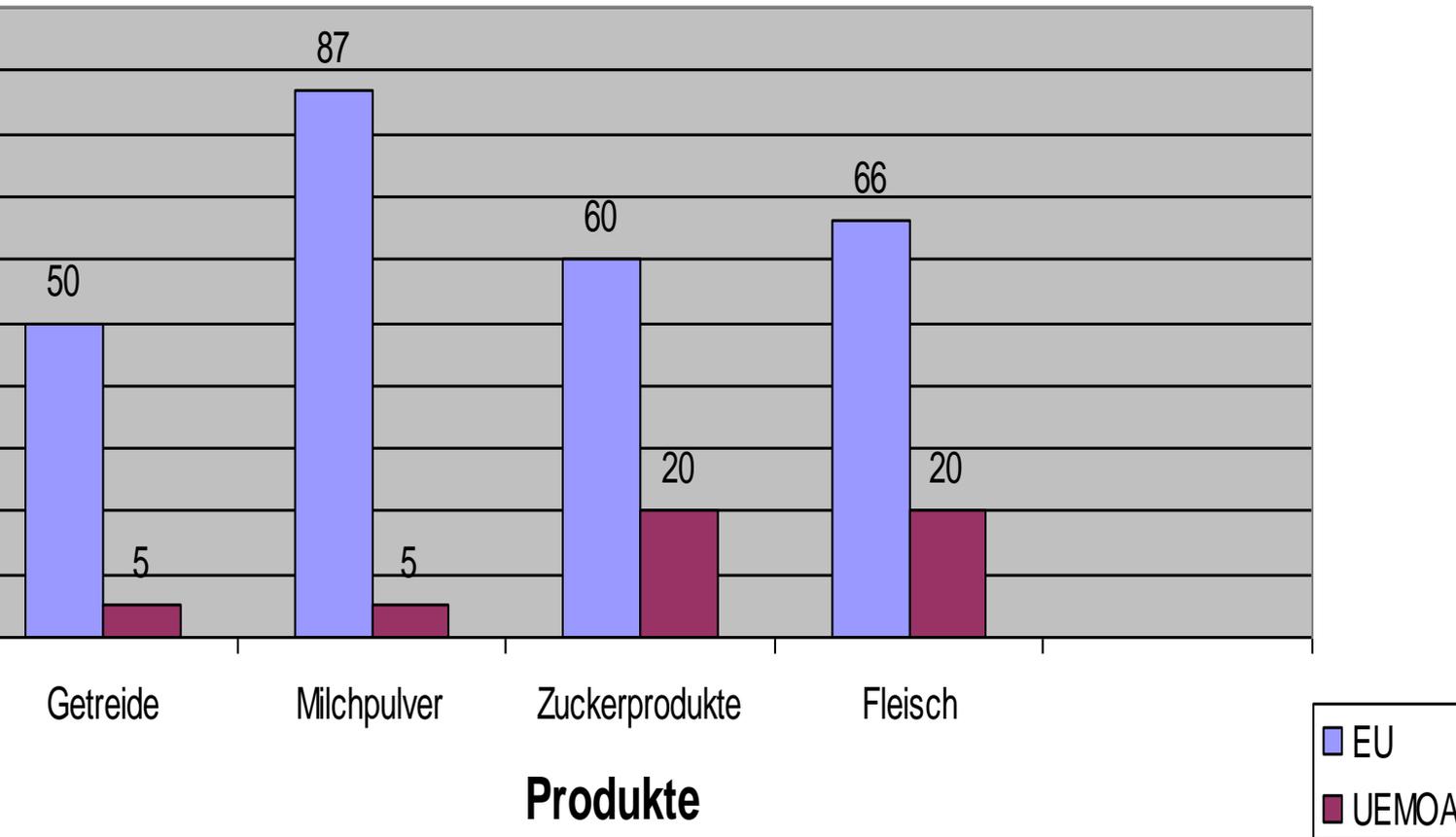
# Wie Europa Fluchtursachen übersieht und verschlimmert

- Die EU weigert sich, die Fluchtursachen anzugehen.
- Sie ist für diese mitverantwortlich, für die Zustände in Afrika wegen der seit Jahrzehnten verfolgten neoliberalen Wirtschafts- und Handelspolitik
- Zivilgesellschaft in Luxemburg, in Europa und in Afrika fordert andere Politik

# Irsinniges Entwicklungsmodell

- Die Schuldenfalle in den 80er Jahren
- Weltbank und Internationaler Währungsfonds zwingen Entwicklungsländer dazu, strukturelle Anpassungsprogramme (SAP) durchzuführen
- Auf dem Washingtoner Consensus aufgebaut: Der freie Markt – nicht der Staat -, sichert am besten die Verteilung der Ressourcen in der Wirtschaft
- Auswirkung der SAP auf die Landwirtschaft und die Bauern
  - Privatisierung aller landwirtschaftlichen Staatsbetriebe
  - Verminderung oder Abschaffung jeglicher Beihilfen für die Bauern
  - Priorität für Exportprodukte (Kaffee, Tee, Baumwolle, Palmöl, Schnittblumen, Bananen, u.s.w.)
  - Breite Öffnung der Märkte für Lebensmittelimporte

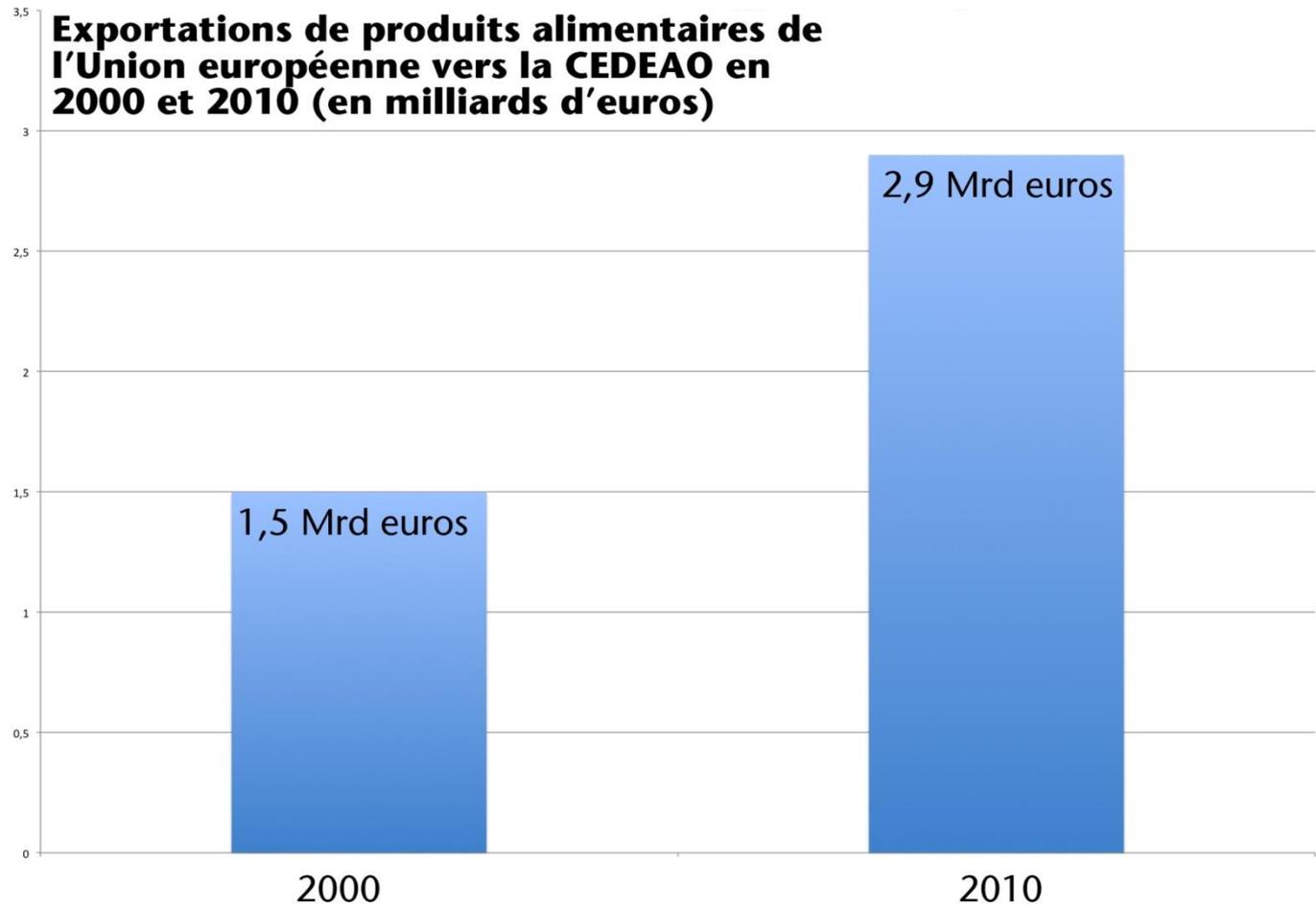
# Importzölle der EU und der UEMOA (Westafrikanische Wirtschafts-und Währungsunion)



# Die Europäische Union

- Die 2013 durchgeführte Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) hält die Exportsteigerung als eines seiner Ziele fest
- Die EU exportiert mehr und mehr Nahrungsmittel (Geflügel, Milchpulver, Tomatenkonzentrate, Getreide u.s.w.) in Entwicklungsländer unter dem Kostenpreis
- Was die Existenzgrundlage von Millionen von Kleinbauern und ihrer Familien ruiniert

**Exportations de produits alimentaires de l'Union européenne vers la CEDEAO en 2000 et 2010 (en milliards d'euros)**



# Beispiel der Milchpulverexporte nach Afrika

- 2016-2017: Ende des Milchquotensystems, Steigerung der Milchproduktion, dramatischer Fall der Milchpreise, Krise im Milchsektor, viel Bauern geben auf
- Mehr und mehr Milch wird in Milchpulver verwandelt
- Produktion von Milchpulver doppelt so hoch wie die Nachfrage
- Resultat: steigender Druck auf den Export, auch nach Afrika
- Kommt dort auf die Märkte unter dem Gestehungspreis
- 1,2 Millionen Tonnen/Jahr Exporte nach Afrika, Verdoppelung der Exporte von angereichertem Milchpulver auf 700 000 Tonnen in 10 Jahren, vor allem nach Westafrika
- Leidtragende: die lokalen, armen Kleinproduzenten, die dieser Konkurrenz nicht gewachsen und zur Aufgabe gezwungen sind

# Die neokoloniale Politik wird fortgesetzt

- 2014: Abschluss der Verhandlungen über wirtschaftliche Partnerschaftsabkommen (WPA) zwischen der EU und Afrika

- Wurden unter Druck der EU abgeschlossen
- Abkommen wurde sofort dem EU-Parlament zur Ratifizierung vorgelegt
- Wollen den Handel weiter liberalisieren, trotz großer Unterschiede in der Wettbewerbsfähigkeit zwischen den Wirtschaften der beiden Seiten (82% des globalen Handels soll liberalisiert werden)
- Wird regionale Integration erschweren

# Die neokoloniale Politik wird forstgesetzt

- Festigt die bereits geringen Zölle für viele landwirtschaftliche Produkte
- verringert die Zölle für Milchpulver (von 5 auf 0 %) und Getreide
- Die EU exportiert weiter unter dem Gestehungspreis (dumping)
  - steht im Gegensatz zur Kohärenz der Politik (Artikel 208 des Lissaboner Vertrages)
- NGO-Empfehlung an das Europarlament : Abkommen nicht ratifizieren
- Günter Nooke, Afrikaexperte Angela Merkels: Nein zu den WPA
- Nigeria weigert sich, das WPA mit Westafrika zu unterschreiben, Tanzania zieht sich aus WPA mit Ostafrika zurück

# Agenda der nachhaltigen Entwicklungsziele: Armutstrukturen unangetastet

- Agenda bei UNO-Gipfel 2015 angenommen
- 17 nachhaltige Entwicklungsziele, 169 Unterziele
- Positive Ansätze: will Armut und Hunger bis 2030 eliminieren, auch durch « nachhaltige » Landwirtschaft,
- Nachhaltige Entwicklung für Meere und Ozeane, Schutz der Landökosysteme, Wälder, Stop des Artenvielfaltverlustes usw.
- Aber Agenda nur eine Empfehlung
- Finanzierung bleibt völlig offen
- Mehrheit der reichen Länder: weit entfernt vom Ziel der Entwicklungshilfe von 0,7 Prozent des BSP

# Agenda der nachhaltigen Entwicklungsziele: Armutstrukturen unangetastet

- Kein Verbot der Spekulation auf Agrarrohstoffe, von Land Grabbing, von Agrotreibstoffen, Hedgefonds, EU-Dumpingsexporten
- Agenda für «inklusives» Wachstum und auskömmliche Arbeit für alle, für neue Produktionskapazitäten
- Aber Markt muss «offen» bleiben, konform zu WTO-Regeln
- Also keine Neuregulierung der Märkte armer Entwicklungsländer
- keine Änderung des neo-liberalen Welthandelssystems
- Armutstrukturen bleiben unverändert

# Das trojanische Pferd der öffentlich-privaten Partnerschaften

- Juli 2017: G-20 Gipfel in Hamburg
- Verabschiedet «Marshall-Plan mit Afrika» und «Compact with Africa Initiative»
- 2012: G-8 Gipfel in Camp David: «Neue Allianz für Nahrungssicherheit und Ernährung»
- Privatsektor, Konzerne werden eingeladen, sich an der Armutsbekämpfung zu beteiligen und sie mitzufinanzieren
- Entwicklungsländer werden dazu gebracht, mit Konzernen zusammenzuarbeiten

# Das trojanische Pferd der öffentlich-privaten Partnerschaften

- Die EL passen ihre Gesetze an, um den Konzernen den Zugang zu ihren Märkten, wie im Saatgutbereich, zu erleichtern
- Konzerne pachten oder erwerben Land, von dem Einheimische vertrieben werden, ihr Land verlieren, und so Probleme haben für ihre Nahrungsmittelproduktion
- siehe: ARD Sendung Monitor 2017 über AATIF-Fonds, finanziert Agrivision Africa-Projekt in Zambia,
- Industrielle Produktion von Mais und Soja auf 17 000 Hektar Land, für den Export
- Einheimische wurden von ihrem Land vertrieben
- AATIF-Fond im «Steuerparadies» Luxemburg angelegt

# Das fragwürdige CETA-Abkommen

- Provisorisch 2017 in Kraft getreten
- Massiver Widerstand, Proteste und Demonstrationen der Zivilgesellschaft
- 3,5 Millionen haben Europäische Bürgerinitiative (EBI) unterschrieben
- Ablehnung dieser Initiative durch die Kommission wurde vom EGH verurteilt
- Schiedsgericht, eine Gefahr für die Demokratie: nur Konzerne können Staaten verklagen, wenn eine neue Gesetzgebung ihnen Profite wegnimmt
- Staaten, Bürger können nicht verklagen

# Das fragwürdige CETA-Abkommen

- Die nationale Rechtsordnung wird ausgehöhlt
- Risiko für Arbeits- Sozial- Umwelt und Verbraucherschutzstandards,
- Beispiel Vattenfall
- Auch die Regulatorische Kooperation gefährdet Demokratie
- Umweltbereich: keine zwingenden Verpflichtungen, keine Auflagen für fossile Treibstoffe
- Landwirtschaft: nichts über Übergang zu agroökologischer Landwirtschaft
- Vorsorgeprinzip nicht vorgesehen

# Industriesektor

- ILO-CNUCED-Bericht 2012 »Trade and Employment From Myths to Facts «: Zwischen 1980 und 2005, hat Afrika 25 % seiner industriellen Arbeitsplätze verloren
- 2005: Völlige Liberalisierung des Textilhandels durch die Abschaffung des Multifibre-Abkommens
- 1. Resultat: China konnte die Exporte seiner billigen Textilprodukte weltweit ausbreiten, auch nach Afrika.
- 2. Resultat: Fast alle afrikanischen Länder, z. B. Senegal und Sambien, haben ihre gesamte Textilindustrie verloren
  - Nigeria: 300 000 Personen verlieren ihre Arbeitsplätze im Textilbereich in Folge des Schmuggelimportes von Textilwaren aus China
  - 500 000 Bauern gaben ihre Baumwollproduktion auf, die sie an die 175 Textilfabriken lieferten, die ihre Produktion einstellten

# Für eine global gerechte Handelspolitik

- Neuausrichtung der EU-Handelspolitik notwendig:
  - Transparenz
  - Parlamente und Zivilgesellschaft miteinbeziehen
  - Beitrag zur Kürzung von Armut und Ungleichheiten
  - klare Auflagen gegen Klimawandel, CO<sub>2</sub>-Emissionen
  - Verpflichtungen zur Achtung der Menschenrechte und ILO-Verträge
  - Minimalsteuersätze für Unternehmensgewinne
  - EL: Regulierung der Märkte, Schutz der Kleinproduzenten

# Mit Griechenland, für ein Ende der Austeritätspolitik

- Drastische Austeritätsprogramme – Resultate:
- BIP: Minus 25 Prozent seit 2008
- Arbeitslosigkeit zwar sinkend: etwa 20 Prozent,
- Jugendarbeitslosigkeit: 60 Prozent
- Kürzung der Löhne um 27 Prozent zwischen 2010 und 2014
- Referendum 2015: Klares Nein zur Austeritätspolitik
- 2015: neues Hilfsprogramm, von 86 Milliarden Euro, wird aufgezwungen: Weiterführung der Austeritätsprogramme
- Jede neue Gesetzes- oder Haushaltsinitiative obliegt vorheriger Kontrolle durch die Troika

# Mit Griechenland, für ein Ende der Austeritätspolitik

- Arbeitslosengelder: nur mehr für ein Jahr
- Renten: Kürzung für viele um 30 Prozent
- 1 Million haben Renten von weniger als 500 Euro
- Sterblichkeitsrate: Verdopplung in sechs Jahren
- London School of Economics-Studie: mehr als 280 000 Griechen verlassen das Land zwischen 2010 und 2015
- Mehr als 100 000 Betriebe haben Arbeit eingestellt
- Auslandsschuld: auf 180 Prozent des BIP gewachsen
- Fraport erwirbt für 1,23 Milliarden Euro Nutzungsrechte für vierzehn Flughäfen
- Deutschland müsste Euro-Disziplin respektieren, z.B. kein Handelsüberschuss von mehr als 6 Prozent

# Luxleaks und Steuerparadiese

- 2014: Luxemburgische Steuerbehörde in Zusammenarbeit mit PricewaterCoopers: Steuervermeidungsmodelle für 343 Konzerne aus 82 Ländern, darunter Apple, Amazon, Heinz, Pepsi, Ikea, Deutsche Bank
- Auch zahlreiche Waffenlieferanten und Produzenten betroffen
- Durch Internationales Konsortium von Enthüllungsjournalisten bekannt gemacht
- Steuerparadiese fördern Ungleichheiten – Oxfam-Bericht 2017: 8 Milliardäre haben mehr Vermögen als die Hälfte der Weltbevölkerung
- Reaktion: EU-Direktive 2015 : alle EU-Mitgliedstaaten verpflichtet, sich Rulings für multinationale Unternehmen gegenseitig automatisch mitzuteilen; seit 2017 in Kraft

# Luxleaks und Steuerparadiese

- 2016: Anti-Tax- Avoidance Richtlinie gegen Base Erosion and Profit Shifting (BEPS) stellt Mindeststandards gegen Steuervermeidung auf
- EU-Kommission: Gefährdung des Wettbewerbsrechts: Fall Fiat Finance: Luxemburg aufgefordert, 25 Millionen Steuern nachfordern; Luxemburg verdächtigt, dem französischen Energiekonzern Engie unerlaubte Staatsbeihilfe von 300 Millionen Euro gewährt zu haben
- Fall Walmart, größtes Einzelhandelsunternehmen der Welt: Jede Woche 250 Millionen Kunden, 11 000 Geschäfte in 27 Ländern, Umsatz 2014 von 473 Milliarden \$. Hat seit 2009, 22 Gesellschaften in Luxemburg gegründet, Anlagevermögen dort von 45 Milliarden \$, zahlt nur ein Prozent Steuern auf Gewinn von 1,3 Milliarden \$. Fünf neue Gesellschaften seit 2015 gegründet.

# Luxleaks und Steuerparadiese

- Konzerne und Kapitalbesitzer haben gerechten Steueranteil zu zahlen
- Gewinne der Konzerne dort besteuern , wo sie erwirtschaftet werden, auch in EL
- Seit Luxleaks, weitere Enthüllungen durch ICIJ: Panama-Papers, Paradise-papers: getroffene Maßnahmen unzureichend

# Glyphosat: krebserregend oder nicht

- Dezember 2017: EU-Rat beschliesst, Zugang von Glyphosat zum EU-Markt um fünf Jahre zu verlängern
- Deutschland mit Agrarminister Christian Schmidt stimmt dafür und macht Entscheidung möglich
- Krebsforschungsagentur der WHO: Glyphosat wahrscheinlich krebserregend, EU-Agenturen EFSA und ECHA : nicht krebserregend
- EBI von 38 Organisationen aus 15 Ländern mit 1,3 Millionen Unterschriften: fordern Verbot von Glyphosat und Pestizid-Genehmigungsverfahren zu reformieren
- Frage der Unabhängigkeit der EU-Experten:

# Glyphosat: wissenschaftlicher Betrug

- März 2017: Enthüllung der Monsanto-papers durch US-Justiz zeigt 1999 war Monsanto bereits besorgt über mutagene Potential und mögliche Gentoxizität von Glyphosat
- Monsanto liess auch Berichte vorbereiten und durch Experten gegen Bezahlung veröffentlichen, zur Verteidigung von Gyphosat
- Plagiatsprüfer Stefan Weber: Gutachten des Bundesinstituts für Risikobewertung (BfR), angefordert durch EFSA und ECHA: ganze Passagen wurden aus anderen Studien wörtlich übernommen und verschleiert

# Glyphosat: wissenschaftlicher Betrug

- EU-Parlamentskommission: Experten bestätigen, längere Ausschnitte der Gutachten von EFSA und ECHA, die der Kommission vorgelegt wurden, wurden aus Monsanto-Gutachten abgeschrieben
- Oft haben Experten von EFSA oder ECHA auch Interessen bei der Industrie
- Notwendigkeit eines neuen EU-Bewertungssystems von Risiken für Gesundheit und Umwelt, das wirklich unabhängig ist
- Glyphosat und andere Pestizide schädlich für Gesundheit der Bauern, der Kleinkinder und der Konsumenten, wie für die Umwelt

# Das Internationale Monsanto-Tribunal

- Kam 2016 in Den Haag zusammen
- 750 Personen aus 30 Ländern beteiligen sich
- Tribunal zusammengesetzt aus fünf international anerkannten Richtern
- Geleitet durch die Belgierin Françoise Tulkens
- Tribunal hört Zeugenaussagen von 24 Opfern von Monsanto, Experten und Anwälte
- Über missgebildete Kinder, kranke und ruinierte Bauern, verschmutzte Gewässer, zerstörte Böden
- Monsanto-Mitarbeiter kommen oft aus Ministerien oder öffentlichen Verwaltungen und umgekehrt

# Monsanto verletzt Menschenrechte

- April 2017: Tribunal stellt Rechtsgutachten vor
- Monsanto verletzt folgende Menschenrechte:
  - Das Recht auf eine gesunde Umwelt
  - Das Recht auf Ernährung
  - Das Recht auf Gesundheit
  - Die Freiheit wissenschaftlicher Forschung
  - Mögliches Ökozid-Verbrechen

Tribunal verweist auf Risiko des sich ausweitenden Grabens zwischen Menschenrechten/dem internationalem Umweltschutzrecht und dem internationalen Handels- und Investitionsrecht

- Bedeutung der in Genf tagenden Arbeitsgruppe des Menschenrechtsrates, um einen Vertrag auszuarbeiten, der die Konzerne verpflichtet, die Menschenrechte zu achten
- Gesetz in Frankreich, das eine solche Verpflichtung vorschreibt<sub>29</sub>

# Für agroökologische Landwirtschaft

- Klimawandel: konventionelle/industrielle Landwirtschaft: 30 Prozent der CO<sub>2</sub>-Emissionen, zusätzlich Lachgas, Methan
- Starke Verminderung der Artenvielfalt: Bienen sterben, 80 Prozent der Insekten verschwunden
- Zerstörung der Böden durch Chemikalien und Pestizide
- Dringend gefordert nach COP21-Konferenz: Umstieg auf biologische Landwirtschaft
- Vorteile: keine Pestizide, keine CO<sub>2</sub>-Emissionen,
- Schutz der Artenvielfalt, besser für die Gesundheit
- Im Süden: auch bessere Erträge

# Der Verrat an den Arabern

- 1917: Mitten im ersten Weltkrieg: Lawrence von Arabien verspricht arabischen Stämmen die Schaffung eines eigenen arabischen Staates, sollten sie sich gegen die Ottomanen erheben, was sie taten
- Doch zur selben Zeit haben der britische Diplomat Sykes und der französische Generalkonsul in Beirut das geheime Sykes-Picot ausgehandelt, das den Mittleren Orient zwischen beiden Staaten aufteilt
- 1917: die britische Regierung macht die Balfour-Erklärung bekannt, wodurch sie sich verpflichtet, die Errichtung einer jüdischen Heimstätte in Palästina wohlwollend zu betrachten

# Wie ist der Islamische Staat (ISIS) entstanden?

- Antwort: weitgehend durch strategische Fehler der Westmächte
- 2003: Irak-Invasion der USA, mit Hilfe der Briten und anderer Staaten, eine flagrante Verletzung des internationalen Völkerrechtes
- Provoziert massive, weltweite Proteste
- Die Verwaltung in Bagdad wird total erneuert, Sunniten durch Schiiten ersetzt
- Resultat: viele Sunniten fühlen sich ausgegrenzt, viele helfen beim Aufbau des ISIS-Staates

# Wie ist der Islamische Staat entstanden?

- In Libyen haben Frankreich unter Sarkozy mit England, den USA und der Nato Gaddafi ausgeschaltet unter Missachtung des Völkerrechtes
- In Libyen entstand Chaos, der bis heute andauert
- Waffenexporte aus Libyen gelangen nach Mali, wo Dihadisten ihren eigenen Staat ausriefen, bis vor Bamako vorstiessen, ehe sie durch französische Truppen gestoppt wurden
- In Mali kommt es auch zu terroristischen Attentaten. Der Konflikt geht auch dort weiter

# Wie ist der Islamische Staat entstanden?

- Syrien-Konflikt: westliche Staaten, darunter Frankreich liefern massiv Waffen an Nachbarstaaten Türkei, Vereinigte Arabische Emirate, Saudi-Arabien, Qatar
- Diese geben die Waffen weiter an «moderate» Opposition in Syrien, auch an Al-Qaida Bewegung
- Türkei spielt lange undurchsichtige Rolle gegenüber ISIS-Staat
- Frankreich drängt auf sofortigem Abgang von Bachar al-Assad, doch die Opposition ist gespalten und oft von Islamisten angeführt (Al-Qaida, Al-Nosra...)

# Palästina, die Naqba

- Vor 70 Jahren, 1948, erfolgt die Naqba, ein Verbrechen gegen die Menschheit
- 750 000 Palästinenser werden mit Gewalt und Terror von sionistischen Milizen aus ihrer Heimat, Städten, Dörfern vertrieben, in Durchführung von «Plan D»
- Werden in Flüchtlingscamps aufgenommen in Gaza, Libanon, Jordanien, Syrien und in der Westbank
- Keinerlei Entschädigung von Israel für ihre Häuser, Felder, Güter, Unternehmen, Plantagen
- Israel ignoriert Recht auf Rückkehr, die UN-Resolution zugesteht

# Palästina, Land und Wasserraub

- Seit 50 Jahren, baut Israel in Westjordanland ständig neue Siedlungen
- Werden von über 600 000 Siedlern bewohnt
- Sind eine «flagrante» Verletzung des Völkerrechtes, z.B. nach Resolution 2334, Dezember 2016, des Weltsicherheitsrates
- Israel baut paralleles Strassennetz, nur für Siedler
- Mauerbau auch illegal, steht auf Gebiet der Palästinenser
- Checkpoints, Abriss von Häusern gehören zu den tagtäglichen Erniedrigungen der Palästinenser
- Gaza: eine Hölle unter freiem Himmel
- Für EU sind Siedlungen illegal, aber keine Sanktionen, wie gegen Russland

# Palästina: Land- und Wasserraub

- Palästinenser haben kaum Zugang zu Wasserquellen
- Wasser im Jordantal nur für Siedler, Siedlerplantagen und Unternehmen
- Palästinenser haben nur Zugang zu Brunnenwasser, das oft versiegt
- Können nur, mit Erlaubnis, 200 Meter nach Wasser bohren, die Siedler bis zu 700 Meter
- Resultat: Ohne Zugang zu Wasser, bleiben die Kleinbauern ohne Perspektive, müssen aufgeben
- 1967 wohnten 300 000 Palästinenser im Jordantal, heute verbleiben 64 000, inklusive Bevölkerung Jerichos

# Palästina: der Widerstand

- In Israel: «Breaking the Silence», Organisation von früheren israelischen Soldaten, empört durch erlebte Tsahal-Praktiken im Westjordanland, besonders Hebron, setzt sich ein für Ende der Besatzung
- BDS – Kampagne - Boycott, Disinvestment, Sanctions, 2005 von 172 palästinensischen Organisationen gegründet, weltweit durch Palästinakomitees unterstützt. Ziel: mit friedlichen Mitteln, Maßnahmen und Sanktionen gegen Israel ergreifen, bis zum Rückzug aus besetzten Gebieten und Einhaltung des Völkerrechtes
- 2013: Netanyahu erklärt Kampagne als strategische Bedrohung für Israel. Geld wird bereitgestellt für weltweite Gegenkampagne
- BTS-, BDS- und Menschenrechtsaktivisten werden als Feinde Israels diffamiert, kriminalisiert und verfolgt,

# Palästina – Forderungen der Zivilgesellschaft

- Assoziierungsabkommen mit Israel aussetzen, dessen Artikel zwei beide Parteien verpflichtet, die Menschenrechte und Demokratieprinzipien zu achten
- Abkommen mit Israel über wissenschaftliche Zusammenarbeit suspendieren
- Waffenembargo gegen Israel verhängen und jede Militärezusammenarbeit stoppen

# Kuba und das Erbe Fidel Castros

- Fidel Castro starb 2016
- Kam 1959 an die Macht nach siegreicher Kampagne gegen Diktator Batista, gibt Macht 2006 an Bruder Raul
- Auf Verstaatlichung amerikanischer Unternehmen folgt US Embargo, terroristische Aktivitäten gegen Kuba
- Ende 2014: Normalisierung der Beziehungen durch Obama und Raul Castro
- Trotz Schwächen - Korruption, Bürokratie, ineffizienter öffentlicher Transport ...-, bedeutende Errungenschaften: gratis, qualitative Gesundheitspflege für alle, gratis Erziehung auf allen Ebenen,

# Kuba und das Erbe Fidel Castros

- Errungenschaften: 20 000 Ärzte sind in Entwicklungsländern tätig, Operation Milagro: Ärzte behandeln Augenleiden in 31 EL, medizinische Hochschule für 6000 Studenten aus EL in Kuba
- Nachhaltige Entwicklung: ökologischer Fußabdruck im Gleichgewicht
- Entwicklung einer agroökologischen Landwirtschaft nach «Spezialperiode» 1992-1994: Neuverteilung von Land an Private, schnelle Entwicklung einer urbanen Landwirtschaft: Gemüsegärten um alle Städte Kubas angelegt, versorgen Bevölkerung mit gesunder Nahrung

# Papst Franziskus: Eine andere Welt ist möglich

- Enzyklika Laudate si: leidenschaftliches Plädoyer gegen «systematische Zerstörung der Umwelt», denunziert den «unbarmherzigen Prozess der Ausgrenzung», den «egoistischen und grenzenlosen Durst nach Macht und Wohlstand»
- Aktuelle Lebensweise ist «selbstmörderisch», für «drastische» Reduzierung der Treibhausgase, für Dekarbonisierung der Weltwirtschaft, Erdöl- und Kohleausstieg; Zugang zu sauberem Trinkwasser ein Menschenrecht: kritisiert Konsumismus, der in Katastrophe enden könnte
- Äussert sich gegen die Dominanz der Wirtschaft, insbesondere der Finanzwirtschaft gegenüber der Politik
- Rede 2015 in Santa Cruz (Bolivien) kritisiert die rücksichtslose Begierde des Geldes, das zum »Idol« gemacht wurde.»Diese Wirtschaft tötet«, rief auf gegen die «subtile Diktatur» des Kapitals, die den Beigeschmack von «Teufelsmist» habe

# Stéphane Hessel und die Botschaft der Hoffnung

- In Berlin geboren. 1925 nach Frankreich ausgewandert. Erwarb 1937 französische Staatsbürgerschaft. Starb 2013 im Alter von 94 Jahren.
- 1944: kommt ins Konzentrationslager Buchenwald, entflieht einem Zug, der ihn nach Bergen-Belsen bringen sollte
- Wird nach dem Krieg Diplomat. Ist 1947 Zeuge bei der Ausarbeitung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte
- 2010: gibt sein Buch «Empört Euch» heraus. Wurde in vier Millionen Exemplaren verkauft
- Ermutigt Leser Widerstand zu leisten. Wird zum Symbol der Kämpfe gegen Ungerechtigkeiten, inspiriert «Indignados» in Spanien
- Verweist auf Edgar Morin's Buch La voie –der Weg: Warnung vor Übergriff der Konzerne, gegen Land-Grabbing in Afrika, für Ernährungssouveränität, für Sozial-und Solidarwirtschaft

# Hugo Chavez: Einsatz für eine strukturelle Bekämpfung der Armut

- 1998 zum Präsidenten Venezuela gewählt, starb 2013
- Systematische Diffamierung und Verteufelung durch westliche Medien, als Populist, Autokrat, gar als Diktator; überlebt Staatsstreich 2002
- Stellte sich freien Wahlen 13 Mal, nur eine hat er verloren, Anerkennung der Rechtmässigkeit durch internationale Wahlbeobachter
- Übernahm Kontrolle strategischer Sektoren der Wirtschaft, wie Erdölförderung
- Stellte ergiebige Ölreichtümer in Dienst der Armutsbekämpfung
- Schuf neue Dienste «Misiones» um den Ärmsten mit Gesundheitspflege, Erziehung, Ernährung und Wohnung zu helfen
- Liefert Öl zu günstigem Preis an Kuba und eine Reihe Staaten Lateinamerikas und der Karibik

# Hugo Chavez: Einsatz für eine strukturelle Bekämpfung der Armut

- Enge Zusammenarbeit mit Kuba, das viele Ärzte nach Venezuela schickt
- Kindersterblichkeit wird halbiert, Analphabetismus beseitigt, Zahl der Lehrer und Professoren verfünffacht, Ungleichheiten verringert, Arbeitsgesetze verbessert
- Chavez gab Armen Gefühl der Würde und Teilnahme zurück
- fördert Aufbau Integrationinstitutionen für Südamerika: UNASUR, CELAC
- Schwächen: Personalisierung der Macht, Korruption, Inflation, keine Wirtschaftsdiversifizierung, hohe Gewaltrate
- Maduro: Opfer weltweiter Medienkampagne, wird als Autokrat und Diktator hingestellt, aber gewinnt 2017 Regional und Gemeindewahlen, 8 Millionen beteiligen sich an Wahl einer verfassungsgebenden Versammlung, die Opposition ist zersplittert und greift häufig zu Gewalt, gewinnt Präsidentenwahl im Mai 2018 <sup>45</sup>

# Beispiele von Widerstandsbewegungen

- Occupy Wall Street
- « Indignados » in Spanien
- BDS-Kampagne in Palästina
- ATTAC, Greenpeace, Bund/friends of the Earth
- Corporate Europe Observatory, Global Campaign
- Plattform Stop CETA, Meine Landwirtschaft/Wir haben es satt,
- Digitale, alternative Medien und Netzwerke, z.B. [campact.de](http://campact.de), [wemove.eu](http://wemove.eu)
- Fair Trade, Transition Town, Klimabündnis,
- AMAP-Bewegung, Community Supported Agriculture
- Gemeinwohlökonomie
- La Via Campesina, ROPPA, MST, Ekta Parishad,

# Abschluß

- Sich empören
- Sich interessieren, verstehen
- Handeln, Widerstand leisten